

Protokoll:

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen begründet den Antrag.

Oberbürgermeister Langner trägt die Stellungnahme der Verwaltung vor (ST/0203/2018).

Die CDU-Fraktion trägt den in Session einsehbaren Änderungsantrag vor.

Oberbürgermeister Langner erklärt hinsichtlich des Änderungsantrages der CDU-Fraktion, dass eine Unterbringung im ambulanten Bereich eine Aufgabe der Kommunen, welche aus den freiwilligen Leistungen getragen werden müsste, sei. Im stationären Bereich wäre, mit einem geringen finanziellen Anteil der Kommunen, das Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung zuständig.

Eine Abstimmung für den Änderungsantrag sei nicht notwendig, da dieser sich mit der Stellungnahme der Verwaltung erübrigt hat.